

Joseph Rovin

DIE GEWERKSCHAFTEN IN FRANKREICH

Das französische Gewerkschaftsleben hat sich aus drei verschiedenen geistigen Richtungen heraus entwickelt, die in ihm seit jeher lebendig gewesen sind: einem anarcho-syndikalistischen Trieb, einem marxistischen und einem christlichen Trieb. Alle drei stammen aus einer geistigen Heimat, die niemals ein besonders gutes Verhältnis zum parlamentarisch-demokratischen Staat hatte. Weder der Anarcho-Syndikalismus, noch der Marxismus des 19. Jahrhunderts, noch der Katholizismus des 19. Jahrhunderts sahen im liberalen demokratisch-parlamentarischen Regime die Erfüllung ihrer eigenen Welt. Sie nahmen ihm gegenüber eine zweckmäßig gebundene und zum Teil auch durchaus feindliche Haltung ein. So ist es zu erklären, daß auch in der neueren Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung — und zwar in allen Strömungen — das Verhältnis zum bürgerlich-liberalen parlamentarisch-demokratischen Staat keineswegs eng war. Es ist kein Zufall, daß in der Dritten Republik nur zwei Jahre lang — nämlich von 1936 bis 1938 — Sozialdemokraten an der Regierung waren. Der Schock, den die französische Arbeiterbewegung durch die blutige Niederwerfung der Pariser Kommune im Jahre 1871 erhielt, hat so lange gewirkt, daß bis zum Jahre 1936 die Masse der Arbeiterschaft sich als außerhalb der Nation stehend betrachtete. Dieses Gefühl hat die kurze Epoche der Volksfrontregierung von 1936 nicht ändern können; denn die Hoffnungen, die damals in der Arbeiterschaft rege waren, gingen schnell unter.

Auch der Zusammenbruch von 1940 konnte dieses Verhältnis nicht enger gestalten. Im Gegensatz zu dem, was zum Beispiel in Ländern wie Holland oder Belgien geschehen ist, wo der Zusammenbruch als eine natürliche Folge des Mißverhältnisses zwischen den Kräften eines kleinen und eines großen Landes aufgefaßt wurde, hatte die Masse der französischen Arbeiterschaft und ein großer Teil des Restes der Nation das Gefühl, daß der Zusammenbruch das Ende des liberal-demokratischen Staates war. Die Widerstandsbewegung, die in den Jahren nach 1940 einsetzte und 1944 mit äußerer Hilfe zum Sieg führte, hatte durchaus nicht die Absicht, den liberalen parlamentarisch-demokratischen Staat der Dritten Republik wiederherzustellen. Das Ziel, dem man sich verschrieben hatte, hieß „rein und hart“. Man glaubte, daß die Dritte Republik bei ihrem Ende weder rein noch hart war, das heißt, daß sie keine Autorität besaß. Die Form, die man herstellen wollte und die vor allem von den wesentlichsten Kräften verschiedenster sozialer Herkunft und der großen Masse der Arbeiterschaft angestrebt wurde, war keineswegs die liberal-demokratische. Die im Jahre 1944/45 eingeleitete Entwicklung wurde als der Beginn der zweiten großen französischen Revolution verstanden.

Es ist ganz klar, daß die sozialistisch denkende Arbeiterschaft gegenüber einem sozialistisch regierten Staat eine andere Haltung einnimmt als gegenüber einem liberal-kapitalistischen. Zum Verständnis der französischen Lage muß daran erinnert werden, daß in den ersten Jahren nach dem Kriege — sagen wir bis 1947 — der Einfluß der verschiedenen sozialistischen Strömungen auf den Staat groß war, in den ersten Jahren sogar fast revolutionäre Formen angenommen hatte. Das Verhältnis der Gewerkschaften zu diesem Staat war daher mehr oder weniger positiv. In dem Maße aber, in dem diese Regierungsgewalt in die Hände konservativer Kräfte überging, ist auch das Verhältnis der Gewerkschaftsbewegung zum Staat anders geworden. Es ist keineswegs so, daß seine Ablehnung das Privileg des extremistisch-kommunistischen Flügels der Gewerkschaften wäre, sondern in mehr oder weniger klarer Form ist es auch weithin die Haltung der beiden anderen großen Gewerkschaftsflügel.

Schon einmal — in der Zeit vor 1936 — gab es in Frankreich drei große Gewerkschaftsrichtungen: eine kommunistische Minderheit, eine katholische Minderheit und eine damals im großen und ganzen sozialistische Mehrheit. Infolge der politischen Veränderungen während der Besetzung und der Widerstandszeit war am Ende des Krieges das Verhältnis zwischen der sozialistischen und der kommunistischen Richtung innerhalb der Gewerkschaften ungeklärt. Das Schwergewicht lag bei den Kommunisten. In den ersten Jahren nach dem Kriege blieb trotz dieser Verschiebung die Spaltung auf die traditionelle Absonderung der christlichen Gewerkschaften von einer Einheitsgewerkschaft beschränkt. Erst im Jahre 1947 hat die für die anderen Gewerkschaften allmählich unerträglich werdende Politisierung der kommunistischen Gewerkschaft durch die Kommunistische Partei dazu geführt, daß wieder eine nicht parteipolitisch gebundene dritte Richtung entstand. Dadurch wurde aber nicht nur die kommunistisch beherrschte Gewerkschaft geschwächt, sondern die gesamte Bewegung. Diese Schwächung ergab sich nicht nur aus der Spaltung, sondern auch infolge des Scheiterns der revolutionären Bewegung der Jahre 1944/46. Es setzte eine tiefe Entfremdung gegenüber den traditionellen Formen der Arbeiterbewegung ein, die sich um so stärker auswirkte, als der gesamte kommunistische Flügel sich selbst im weitesten Sinne neutralisierte. Das heißt nicht, daß er neutral geworden ist, sondern daß er keinerlei positive Funktionen innerhalb des öffentlichen Lebens mehr ausfüllen kann, weil er sich selbst isoliert hat, so daß die Gewerkschaften im Grunde als positive politische Kräfte ausfallen.

Da die Kommunisten einen großen Teil des Proletariats und der Arbeiterschaft für sich mobilisieren, ist der verbleibende Teil nicht mehr stark genug, um einen entscheidenden Einfluß auf Staat, Gesellschaft und Wirtschaft auszuüben. Das wiederum hat zur Folge, daß die Sozialdemokratische Partei und der linke Flügel der Katholischen Partei und die christlichen sowie die freien Gewerkschaften (*Force Ouvrière*) auf eine Allianz mit Kräften angewiesen sind, die völlig andere Ansichten haben. Der beträchtliche Einfluß, den die nichtkommunistischen Arbeiter auf das öffentliche Leben ausüben könnten, wird dadurch immer stärker neutralisiert. Das führte aber dazu, daß die Einsatzkraft der ganzen Gewerkschaftsbewegung in den letzten fünf Jahren dauernd geschwächt wurde. Die Schwächung der Überzeugung, daß man durch den eigenen Einsatz etwas ändern könne, geht aber über die Arbeiterschaft und die Gewerkschaftsbewegung hinaus, weil die Bewegung von 1944/45 nicht nur von der Arbeiterschaft, sondern auch von großen Teilen der Jugend anderer Gesellschaftsschichten getragen war, die alle gehofft hatten, daß man eine grundlegende Erneuerung aller Lebensbereiche des französischen Staates und des nationalen Lebens erreichen könne. Deshalb ist die Abkehr vom öffentlichen Leben und von den normalen Formen des politischen und sozialen Handelns weit über die Gewerkschafts- und Arbeiterkreise hinaus spürbar, Überall hat dieses Scheitern einer im Keime erstickten revolutionären Bewegung dazu geführt, daß man mehr oder weniger tatenlos dem Wiedererstehen der Kräfte zusieht, die man 1945 endgültig besiegt zu haben glaubte. Das führte dazu, daß sich die jungen Kräfte sowohl der Arbeiterschaft wie der anderen Klassen ganz neue Betätigungsfelder suchen. Es beginnen sich Ansätze zu einem Wiederaufleben der alten anarchistischen Traditionen abzuzeichnen, die für die traditionellen Formen der Gewerkschaftsbewegung äußerst gefährlich sind, weil die lebendigen Kräfte sich von ihr abzuwenden beginnen, weil die grundlegende Erneuerung des französischen Lebens, die alle erhofft hatten, in den Jahren um 1946 und 1947 herum, steckengeblieben ist. Diese Tendenzen sind für den Staat auf die Dauer noch gefährlicher, als es dem Anschein nach heute vielleicht der Kommunismus ist. Denn in ihnen ist eine radikale Ablehnung nicht nur des Parlamentarismus und des liberaldemokratischen Staates zu finden, sondern sogar Ansätze, die eines Tages zum Totalitarismus führen können. Das Gefühl, daß Frankreich an der ungeborenen Revolution verfault, nimmt unter der jüngeren Generation, besonders der Arbeiterschaft, in immer stärkerem Maße zu. Das ist eine Erklärung dafür, warum trotz der Abneigung, die die kommunistische Form der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit auf außenpolitischem Gebiet hervorruft, die kommunistische Propaganda auf innenpolitischem Gebiet immer noch erstaunlich zugkräftig ist. Die Ablehnung der bestehenden Unordnung ist so tiefgreifend, daß von einem Verständnis für diesen Staat gar nicht mehr die Rede sein kann.

In den Zeitschriften der katholischen Gewerkschaftsbewegung kann man lesen, daß der Sinn der Gewerkschaftsarbeit heute die Bekämpfung der Regierung *Pinay* und die Lösung der Grundfragen des französischen Lebens sein müsse. Die Zukunft der französischen Demokratie könne nur gerettet werden, wenn man den Arbeitern zeige, daß es Mittel für einen Kampf gegen das jetzige Regime gebe, die anders seien als die der Kommunisten. Das heißt, daß die Absichten der Kommunisten keineswegs geteilt werden, daß aber, wenn auch aus ganz verschiedenen Gründen, ein großer Teil der katholischen Arbeiterbewegung und weite Kreise der nichtorganisierten Arbeiterschaft wie überhaupt die jüngeren Kräfte der Nation sich in der Ablehnung der bestehenden Unordnung einig sind. Die Krise der französischen Gewerkschaftsbewegung, die darüber hinaus eine Krise der Demokratie ist, besteht heute darin, daß

allmählich unter der Oberfläche eines sich immer im Kreise drehenden, normal nicht mehr weiterzuentwickelnden Regimes sich eine Wut und eine Abneigung ansammeln, die eines Tages — im Rahmen der durch die Weltpolitik gegebenen Möglichkeiten — gewaltsam zur Entladung kommen werden, wenn nicht in den nächsten Monaten den jüngeren und sozialistischen Kräften des Landes ein entscheidender Einfluß auf die Lösung der französischen Probleme eingeräumt wird. Das ist aber insofern schwer, als ein großer Teil derjenigen, die dafür mobilisiert werden könnten, durch den Kommunismus neutralisiert ist und nicht mit eingesetzt werden kann.

In den ersten zwei bis drei Nachkriegsjahren, als größere Reformen durchgeführt wurden, ist zwar nicht der kapitalistische Charakter der französischen Wirtschaft und des französischen Staates geändert worden. Es hat sich aber ein Übergang von einem privaten zu einem privat-staatskapitalistischen — zumindest zu einem halb privat-, halb staatskapitalistischen — Regime vollzogen. In diesem staatskapitalistischen Regime hatte die Arbeiterschaft durch ihre gewerkschaftlichen und politischen Vertreter in den ersten Jahren auf dem Umweg über die Regierung einen großen Einfluß. Dabei tauchten aber sehr schnell dieselben Probleme auf, die sich auch in anderen Ländern zeigten: daß nämlich das Verhältnis der Arbeiterschaft zu einem Staat, der zwar nicht gänzlich in neuen sozialistischen Bahnen läuft, aber zum Teil die Wirtschaft lenkt, eher neue Schwierigkeiten auftauchen läßt, als zu einer Befriedung führt. In einer nicht verstaatlichten Kohlenindustrie konnte es partielle Streiks geben. Es kam sogar häufig vor, daß die Arbeiter eines Betriebes in den Ausstand traten, im Nachbarbetrieb aber nicht. Heute ist es so, daß jede Streikbewegung in der verstaatlichten Kohlenindustrie sofort den Ausstand von mehreren hunderttausend Bergleuten mit sich bringt. Das heißt, daß ein solcher Streik notwendigerweise ein Politikum ist.

Die Entpolitisierung der Gewerkschaften ist ein Mythos. Es kann einfach keine nichtpolitischen Gewerkschaften geben. Die nichtkommunistischen Gewerkschaften sind ja auch keineswegs unpolitisch. Sie betreiben lediglich eine andere Politik als die Kommunisten. Sie sind auf eine andere Weise eng mit ihren politischen Freunden verbunden und müssen es auch sein, wenn sie irgendwie ihre Forderungen im Staat durchsetzen wollen. Die Schwierigkeit besteht aber darin, daß sich ein Staat die Verwirklichung gewerkschaftlicher Ziele mit den traditionellen Mitteln nicht gefallen lassen kann, wenn die Regierungsgewalt nicht in den Händen von Menschen liegt, die den Gewerkschaften freundlich gesinnt sind.

Im Jahre 1952, in der gegenwärtigen außenpolitischen Situation, in der industriellen Situation der westlichen Welt, ist ein Generalstreik der französischen Kohlenarbeiter ein Politikum ersten Ranges und in den Augen der Vertreter des Staates beinahe ein Staatsverbrechen. Wenn dieser Staat von den Gewerkschaften getragen würde, wäre ein solcher Streik überhaupt nicht möglich, es sei denn, er richte sich gegen die Gewerkschaft selbst. Aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre geht hervor, daß die Beziehungen der traditionellen Arbeiterbewegung zum Staat, sowohl zum kapitalistischen wie zu einem eventuell in den Händen der Arbeiterbewegung selbst liegenden Staat, revisionsbedürftig sind. Bezeichnend für die französische Situation ist die Tatsache, daß unter der Oberfläche einer gewissen Ruhe und Apathie in der französischen Arbeiterbewegung und überhaupt im französischen Staatsleben heute ein Hexenkessel brodelt, der im Rahmen der durch die Außenpolitik und die weltpolitischen Ereignisse bedingten Lage große Überraschungen bringen kann.